01 / 2013 www.SBL2013.de 06.07.13
infoservice

Vertraut.
www.SBL2013.de
Sabine

Sabines Klartext

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkämpfer !

Liebe Genossinnen und Genossen,
heute erhaltet ihr die erste Ausgabe von Sabines Klartext. Einiges ist euch aus Sabines Woche bekannt, anderes sind neue Informationsquellen. Diese solle euch durch die heiße Wahlkampfphase begleiten und euch eine wertvolle Argumentationshilfe sein.
Das gute Argument findet ihr ab sofort wöchentlich wechselnd wieder. Des weiteren werden wir in "Sabines Klartext" möglichst umfangreich über Termine informieren und wir würden uns sehr freuen, wenn ihr es ermöglichen könntet, an der ein oder anderen Veranstaltung oder Aktion, wie zum Beispiel „Sabine bewegt", teilzunehmen.
Es wird in den nächsten 79 Tagen darauf ankommen, ob wir es schaffen zu überzeugen UND zu mobilisieren.
"Sabines Klartext" soll uns dabei unterstützen! Gerne könnt ihr ihn an Interessierte weiterleiten.
herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf
Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach
Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

www.twitter.com/Sabine_Baetzing
www.facebook.com/SBL.SPD

Topthema

Jugendarbeitslosigkeit – Dramatische Lage in Europa

Frau Merkel hat die dramatische Lage der jungen Menschen in Europa ohne Job und Perspektive über Monate hinweg schlichtweg ignoriert. Kurz vor der Bundestagswahl fällt ihr plötzlich auf, dass Europa es sich nicht leisten kann eine ganze Generation zu verlieren. Schlimmer noch: Die hohe Jugendarbeitslosigkeit ist eine direkte Folge des einseitigen Austeritätskurses der Bundeskanzlerin. Der Schwenk bleibt bloße Rhetorik.
Was zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa diskutiert wird, ist weder Verdienst von Frau Merkel noch von Frau von der Leyen. Die Jugendgarantie wurde von der Bundesregierung erst unterstützt, als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sie im Rahmen der Verhandlungen zum Fiskalpakt hierzu verpflichtet haben. Die Jugendgarantie ist und bleibt das Kind der europäischen Sozialdemokratie. Das Geld, das die Staats- und Regierungschefs für den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit aufwenden wollen, reicht vorne und hinten nicht. Die sechs Milliarden Euro, die diesem Zweck dienen sollen, machen gerade einmal 0,6 Prozent des Gesamthaushalts der EU aus.
Selbst das Vorziehen der Mittel zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, damit die jungen Menschen schnellstmöglich Unterstützung erfahren, kann nicht darüber hinwegtäuschen: Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Der plötzliche Aktionismus der Bundesregierung dient nur einem Ziel: Der Inszenierung von Frau Merkel.
Nachdem der EU-Gipfel erst vor fünf Tagen die Situation der Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt diskutiert hat, missbraucht die Bundeskanzlerin die europäische Bühne in Berlin für ihren Wahlkampf. Europapolitik darf nicht zur Merkel-Dauerwerbesendung verkommen.
Die sozialdemokratischen Arbeitsministerinnen und Arbeitsminister aus ganz Europa haben sich deshalb in Berlin gemeinsam mit unserem Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück mit jungen Menschen aus Europa getroffen. Denn diese sind es, denen ernsthaft, sofort und konkret geholfen werden muss. Sie sehen sich aus Armut in ihren Heimatländern gezwungen, diese für die Arbeitssuche zu verlassen: Europas Jugend braucht den Wechsel jetzt. Ihre Hoffnung liegt auf einem Regierungswechsel in Deutschland. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden sie nicht enttäuschen.
Der Merkelsche Gipfel hingegen bleibt – wieder einmal – folgenlos.

International

Abhörskandal – Freunde hört man nicht ab!

Angesichts der massiven Vorwürfe gegen die USA im großem Stil EU-Vertretungen abgehört zu haben, ist diplomatische Zurückhaltung völlig fehl am Platz. Die EU-Kommissarin Viviane Reding hat deshalb gut daran getan, offen auszusprechen, was im Europäischen Parlament bereits die Runde macht:
Solange die USA den Abhörskandal nicht aufklären und verbindlich weitere Spionageaktionen einstellen, darf es notfalls keine Gespräche zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA geben.

Zweifelsohne hat ein transatlantischer Markt Vorteile für beide Seiten, aber nicht um jeden Preis und schon gar nicht auf Kosten fundamentaler Grundwerte der EU. Die freundschaftlichen Beziehungen zu den USA gründeten immer auch auf einem ähnlichen Wertekanon demokratischer Grundwerte und -prinzipien. Hierzu gehört auch die Achtung der Privatsphäre und das Recht der freien Meinungsäußerung.

Die Verbundenheit beruhte auf der Achtung dieser gemeinsamen Standards, die Vertrauen schafften. Die Enthüllungen der vergangenen Tage machen deutlich, dass die USA offensichtlich nach dem Prinzip „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser“ agieren.
Dieses Prinzip aber hat noch keiner Freundschaft gute Dienste erwiesen.

Finanzen

Finanztransaktionssteuer – Klares Signal aus Brüssel!

Das klare Votum des Europäischen Parlaments bringt neuen Schub für die Finanztransaktionssteuer und ist ein Weckruf für die Bundesregierung zur rechten Zeit. Während die Lobby mit allen Mitteln versucht, dieses wichtige Projekt zu torpedieren, setzen die europäischen Parlamentarier ein kraftvolles Zeichen für die Beteiligung der Finanzbranche an den Kosten der Finanzkrise und der Bekämpfung der Spekulation auf den Finanzmärkten.

Die Abstimmung im Europäischen Parlament zeigt einmal mehr: die Bürger Europas wollen die Finanztransaktionssteuer. Selbst eine von der Lobby in Auftrag gegebene Studie vom vergangenen Monat besagt, dass 73 Prozent der Deutschen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer befürworten. Das ist ein mehr als klares Signal. Der Bericht der zuständigen Berichterstatterin im Europäischen Parlament Anni Podimata enthält kluge Vorschläge zur derzeit diskutierten Richtlinie über die Finanztransaktionssteuer. Während das Europäische Parlament Druck macht, bleibt die Bundesregierung untätig. Anstatt endlich die europäischen Partner von der Notwendigkeit der Steuer zu überzeugen, streicht Finanzminister Schäuble lieber in vorauseilendem Gehorsam still und heimlich die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer aus der Etatplanung für das Jahr 2014. Das ist nicht akzeptabel.

Verteidigung

Bewaffnete Drohnen – Beginnt neuer Rüstungswettlauf?

Gerade erst hat Verteidigungsminister de Maizière mit dem Euro-Hawk-Projekt eine Bruchlandung erzielt, da fordert er erneut die Anschaffung bewaffneter Drohnen für die Bundeswehr. Dabei hat die notwendige gesellschaftliche Debatte darüber noch gar nicht richtig begonnen und es gibt auch keine Fähigkeitslücke der Bundeswehr, die eine solche Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt erfordern würde.

Die Bundeswehr verfügt derzeit auch nicht über die konzeptionellen Grundlagen für Szenarien, in denen Kampfdrohnen notwendig wären. Das Scheitern des Euro-Hawk-Projekts zeigt, dass es auch keinerlei Regularien gibt, wie die Nutzung bewaffneter Kampfdrohnen in den europäischen Luftraum integriert werden könnte.

Wir halten eine grundsätzliche Diskussion über die Gefährdungen und Kosten, die durch Kampfdrohnen entstanden sind und entstehen, für dringend notwendig. Es besteht die akute Gefahr eines neuen gefährlichen Rüstungswettlaufs. Hinzu kommt, dass es einen Trend zu einer Automatisierung und „Verselbstständigung“ derartiger Systeme gibt. Diese Fragestellungen bedürfen einer ausführlichen gesellschaftlichen Debatte, bevor eine Entscheidung zur Anschaffung solcher Systeme getroffen wird.

Es ist auffallend und unverständlich, dass der Gedanke einer Einbeziehung von Kampfdrohnen in ein umfassendes Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime bei de Maizière und der CDU/CSU in keiner Weise vorkommt. Diese Risiken blendet de Maizière bewusst aus, wenn er sich jetzt zum wiederholten Male für die Anschaffung bewaffneter Drohnen ausspricht. Er nimmt damit eine gefährliche Weichenstellung vor, die später nur noch schwer zu korrigieren sein wird.

In eigener Sache

Sabine bewegt – Wir starten in Linz!

Am Samstag, den 06. Juli 2013 geht es los. Die Serie Sabine bewegt beginnt in Linz um 14.00 Uhr vor dem Rathaus am Marktplatz. Dazu sind alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen. „Sabine bewegt wird es nun in mehreren Verbandsgemeinden geben. Ich möchte beim Wandern mit vielen Menschen ins Gespräch kommen und das geht beim Wandern ja richtig gut! Ihr werdet in Sabines Klartext über die Termine rechtzeitig informiert. Nehmt Nachbarn, Freunde und Bekannte mit.

Alle sind herzlich willkommen, besonders Kinder. Festes Schuhwerk ist beim Wandern immer sinnvoll. Und wir wandern bei fast jedem Wetter. Die richtige Kleidung macht es möglich. Ich freu mich auf die vielen Begegnungen!

Herzliche Einladung

Frank-Walter Steinmeier kommt zu uns!

Das solltet ihr auf keinen Fall verpassen!

Der Fraktionsvorsitzende unserer Bundestagsfraktion und ehemalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier kommt nach Neuwied. Er wird am Mittwoch, den 10. Juli 2013 um 19.30 Uhr im food hotel zu uns sprechen und uns die Themen des Regierungsprogrammes vorstellen und dann mit uns darüber diskutieren. Dazu sind selbstverständlich auch alle Bürgerinnen und Bürger herzlich eingeladen.

Frank-Walter Steinmeier ist ein überzeugender Redner und kann bestimmt auch noch Zweifler für uns gewinnen, damit sie am 22. September die Kreuze an der richtigen Stelle machen. Ich freue mich auf ein volles Haus!

DAS GUTE ARGUMENT

SOZIALDEMOKRATISCHE POLITIK ERKLÄREN

...ZUM BEISPIEL: GESUNDHEIT

SPD

Installateur Bruno, verdient 2.700 Euro brutto im Monat.

Zur Zeit zahlt er monatlich 221 Euro Arbeitnehmeranteil für die gesetzliche Krankenversicherung, also 8,2 Prozent. Seine Krankenkasse verlangt außerdem einen monatlichen Zusatzbeitrag von 8 Euro.

Insgesamt zahlt er also 229 Euro.

Außerdem wartet er für einen Termin beim Facharzt oft mehrere Wochen – denn Privatversicherte kommen schneller dran.

Mit der **Bürgerversicherung** der SPD liegt Brunos Anteil für den Krankenversicherungsbeitrag bei 7,6 Prozent.

Er müsste im Monat also nur noch 205 Euro zahlen. Und der Zusatzbeitrag fiele außerdem weg.

Als Durchschnittsverdiener spart Bruno damit im Jahr mindestens **288 Euro** – und wäre bei seinem Arzt nicht mehr Patient „zweiter Klasse“. Weil in der Bürgerversicherung alle gleich behandelt werden.

Termine

06.07.13	**12.00 Uhr**	**Schäferhundeverein Holzbachtal**
	14.00 Uhr	**Wandern mit Sabine in Linz**
07.07.13	**10.00 Uhr**	**Bezirksschützenfest Leutesdorf**
	10.30 Uhr	**Startschuss Siegtal Pur**
	19.00 Uhr	**SPD-Film Heddesdorf**
08.07.13	**08.00 Uhr**	**Dhamma-Stiftung Kloster Hassel**
09.07.13	*13.00 Uhr*	*Freusburgermühle, Kirchen*
	17.00 Uhr	*Eirene Neuwied*
	19.00 Uhr	**Demo Bahnhof Neuwied**
	20.15 Uhr	**VA Demografischer Wandel, Linz**
10.07.13	*12.30 Uhr*	*Beratungsstelle Verbraucherschutz KO*
	15.00 Uhr	*Seniorenkreis IG Metall Koblenz*
	19.30 Uhr	**Frank-Walter Steinmeier in NR**
11.07.07	*13.00 Uhr*	*IHK Neuwied*
	17.00 Uhr	**Deichstadtfest NR**
12.07.13	**09.00 Uhr**	**Podiumsdiskussion IBB Hachenburg**
	18.00 Uhr	**Fassanstich Kirmes Neustadt**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**